



# HESSISCHER LANDTAG

30. 11. 2021

Plenum

## Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Erfolg für Weser und Werra: Versenkgenehmigung salzhaltiger Abwässer aus der Kali-Produktion endet Ende 2021**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das Ende der Versenkung von salzhaltigen Abwässern Ende 2021 als zentralen Erfolg für den Schutz des Grundwassers an der Werra. Das ist ein weiterer Baustein um Ökologie und Ökonomie bestmöglich zu verknüpfen und trotz des Endes der Versenkenehmigung Ende 2021 die Produktion unter Einhaltung aller Auflagen auch zukünftig zu ermöglichen.
2. Der Landtag unterstützt den jüngsten Beschluss der Weserministerkonferenz als wichtigen weiteren Schritt zur Erreichung des Ziels, die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in der Region bei gleichzeitiger Einhaltung der erforderlichen Umweltstandards bis zum Ende der Abbauphase zu sichern. Er bekräftigt sein Ziel, die nordosthessische Kaliregion zum Vorreiter für nachhaltigen und umweltschonenden Bergbau zu entwickeln.
3. Er stellt fest, dass der Schutz der Gewässer und des Grundwassers an Werra und Weser von hoher Bedeutung für den Gewässerschutz in Hessen insgesamt ist. Unter dem Vorsitz der Hessischen Umweltministerin in der Weserministerkonferenz konnten zahlreiche Konflikte gelöst werden.
4. Mit dem Beschluss des Maßnahmenprogramm Salz 2021 bis 2027 durch die Weserministerkonferenz wurde eine weitere ambitionierte stufenweise Absenkung der Salzzielwerte bei gleichzeitigem Erhalt der Produktionsfähigkeit der Standorte beschlossen. Der Landtag sieht damit ein gutes Signal für den Umweltschutz, da die Salzbelastung damit weiter konsequent reduziert wird, um den guten bzw. bestmöglichen ökologischen Zustand von Weser und Werra zu erreichen. Der Landtag erkennt an, dass aufgrund der stufenweisen Absenkung der Zielwerte im besten Fall sogar in den Jahren 2026 und 2027 die ursprünglichen Salzzielwerte aus der Bewirtschaftungsplanung 2015 bis 2021 unterschritten werden können.
5. Der Landtag erkennt an, dass das Unternehmen K+S vielfältige Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung durch die Produktionsabwässer umgesetzt oder eingeleitet und dafür hohe Investitionen getätigt hat. Er weist darauf hin, dass K+S weiterhin in der Verantwortung ist, die im Maßnahmenprogramm Salz genannten Maßnahmen fristgerecht umzusetzen, um die Salzbelastung weiter zu reduzieren und so die Verbesserung des ökologischen Zustandes Werra und Weser schnellstmöglich im Zuge der stufenweisen Absenkung zu erreichen. Das Ziel ist ein zukunftsfähiger Kalibergbau, der durch die Umsetzung des ‚Maßnahmenprogramms Salz‘ ab Ende 2027 keine Prozessabwässer mehr in die Werra einleitet.
6. Der Landtag bekräftigt die Verpflichtung des Unternehmens, die Gewässerökologie von Werra und Weser auch über 2027 hinaus konsequent zu verbessern, um die Umweltauswirkungen in der verbleibenden Betriebs- sowie in der Nachbergbauphase weiter zu verringern. Er bekräftigt daher insbesondere das Ziel, die Abdeckung der Halden konsequent voranzutreiben.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. November 2021

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**